

Die Ergebnisse der Wahlen zum Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2016

Vorläufige Wahlauswertung

Inhalt

Einleitung.....	2
Zur Ausgangssituation: Vorwahlbefragungen	3
Vorläufiges Ergebnis	8
Ergebnis der relevanten Parteien.....	8
Wahlbeteiligung	10
Ergebnisse in den Wahlkreisen	10
Erst- und Zweitstimmenvergleich	12
Wahlergebnis der OB-Wahl in Schwerin	14
Deutung des Ergebnisses - Wahltagsbefragungen.....	14
Wähler/-innenwanderungen.....	14
Bewertung der Landesregierung	17
Motive für Wahlentscheidung.....	18
Wahlentscheidende Themen	18
Wähleranteile nach Alter	19
Wähleranteile nach Tätigkeit	20
Ansichten zur LINKEN	20
Flüchtlingspolitik	21
Fazit	23

Einleitung

Das Leben ist ungerecht, Wahlergebnisse sowieso. Und so bleibt an Wahlabenden oftmals der Wunsch zurück, dass es hätte mehr sein können. Dies gilt auch für die Landtagswahlen in M-V. Fünf Jahre Arbeit liegen zurück. Und es stellt sich die Frage: Haben der Landesverband und die Fraktion im Landtag in dieser Zeit ihre Hausaufgaben gemacht? Hätte eventuell mehr drin sein können?

Nach den innerparteilichen Querelen wurde die Baustelle „Stralsund“ geräuschlos abgeräumt. Die Reihen der LINKEN waren zum Wahlkampf fest geschlossen. Die strategischen Ziele der Partei zur Wahl wurden zu einem sehr frühen Zeitpunkt nahezu einstimmig beschlossen. Hinter die programmatischen Eckpunkte und dem Wahlprogramm stellte sich die Partei ebenso einmütig. Der Vorschlag des Landesausschusses zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten erhielt breite Zustimmung. Irritationen durch die Bundespartei unterblieben, parteiinterne Flügelkämpfe traten zurück. Weit vor dem Wahlkampf warb DIE LINKE mit projektorientierter Arbeit um Medienaufmerksamkeit und war auf der Straße präsent. Die Kampagne „Das muss drin sein“ und vor allem die Landeskampagne gegen Kinderarmut sorgten in den sozialen Medien, bei den relevanten Trägern und den klassischen Medien für ein großes Echo. Der Volksentscheid zur Gerichtsstrukturreform war ein weiteres Podium für DIE LINKE, auf dem sie gegen den Strukturabbau der Landesregierung stritt. Die Landtagsfraktion überzeugte durch Sacharbeit und mutiges Auftreten, ihr Agieren war konstruktiv-kritisch, so wie wir LINKEN sein wollen.

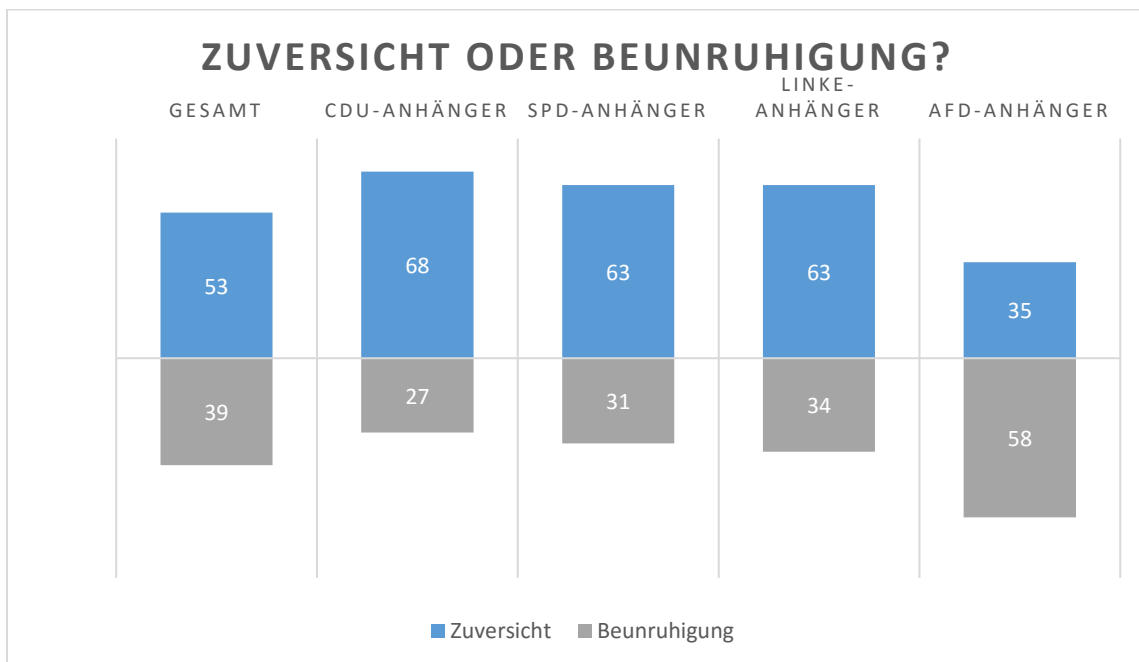
Und doch erreichte DIE LINKE nur 13,2 Prozent der Zweitstimmen. Unsere Partei ist eben nicht die Einzige, die agiert. Selbstverständlich beeinflussen allgemeine Stimmungslagen, die landespolitische Bilanz der Landesregierung und auch eine entspannte Sommerstimmung den Ausgang der Wahl. Ganz wesentlich aber war der Umstand, dass die Transformation des bundesdeutschen Parteiensystems auch vor M-V nicht haltmacht. Und so ordnet sich unser Bundesland in die Abfolge der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ein. All diese Wahlen kannten eine Partei, die zu den Wahlgewinnern gezählt werden muss, die AfD. Es materialisiert sich, was wir schon vorher wussten: Es gibt ein hinreichend großes Wählerpotential rechts von der CDU. Selbst wenn DIE LINKE nicht einen einzigen ihrer Wähler an die AfD verliere, so verliert sie doch in Relation Prozente und Sitze im Landtag.

CDU und SPD übten sich derweil in der Übernahme von Rhetorik und Methoden der AfD. Die SPD versuchte sich trotz dessen, dass sie als Koalitionspartner im Bund selbst Verantwortung für das dortige Regierungshandeln trägt, auf Kosten der CDU-Kanzlerin zu profilieren. Merkel trüge die Schuld am unkontrollierten Flüchtlingszustrom. Sattering forderte die EU-Grenzen dicht zu machen und zum x-ten Mal die Angleichung der Ost-Renten. Aufklärerisch war dieser Wahlkampf nicht. Es war der Versuch, landespolitischen Fragen auszuweichen. Die eigenen vermeintlichen Erfolge im Land wurden geradezu zelebriert. Wahlkampf wurde aus dem Regierungsamt heraus gemacht. In den letzten Jahren wurden noch nie so viele Fördermittelbescheide medienwirksam übergeben, wie in den Wochen vor dieser Wahl. Von gebotener Zurückhaltung war keine Spur zu sehen. Die Wählerinnen und Wähler wurden watteweich in Floskeln gepackt. Somit hatte es DIE LINKE schwer mit ihrem Profil, mit ihren konkreten Forderungen eine Debatte zu führen. Die Regierungsparteien stellten sich einer Auseinandersetzung nicht. Diese Verweigerungshaltung offenbarte sich nicht nur anhand der Wahlplakate. Sie symbolisiert sich in der Weigerung beider Parteien am Wahl-O-Mat teilzunehmen und im „TV-Duell“, das unter Ausschluss der Opposition stattfand.

Wie es zu diesem enttäuschenden Wahlergebnis kommen konnte, welche Wechselbeziehungen zwischen den Parteien zu beobachten sind und welche Themen bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielten, soll mit dieser Analyse erörtert werden.

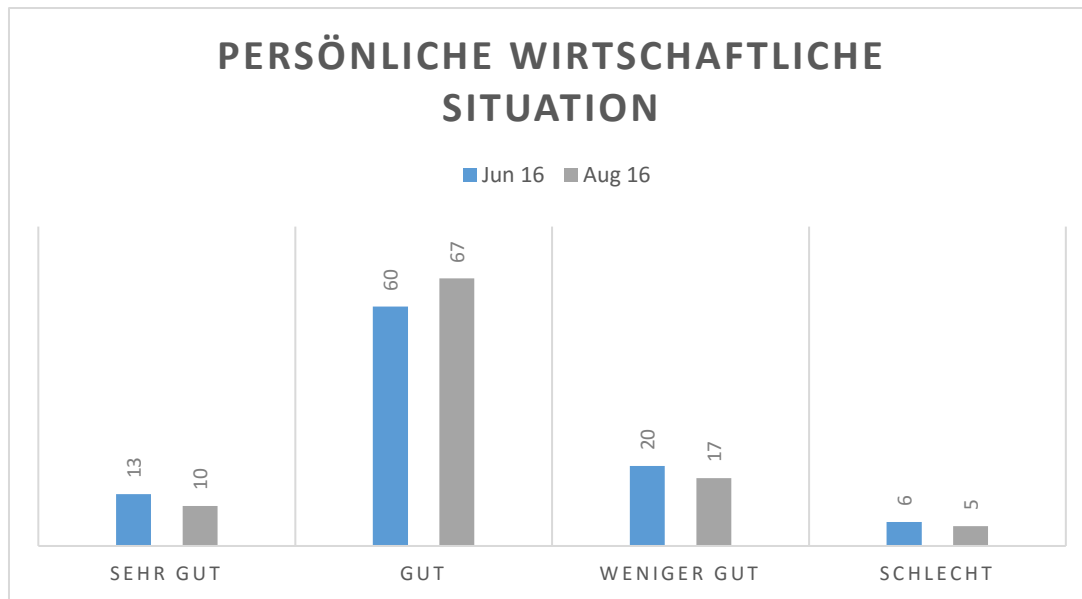
Zur Ausgangssituation: Vorwahlbefragungen

Ein politischer Wechsel wird von der Bevölkerung eher dann gewünscht, wenn die persönliche Lebenssituation nicht zufriedenstellend ist oder allgemeine politische Entwicklungen Anlass zur Beunruhigung geben. Die Verhältnisse in M-V waren für 53 Prozent der Befragten Anlass, mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Dennoch ist der Gesamtwert mit über einem Drittel Beunruhigten relativ groß. Die Frage ist jedoch, wessen Anhänger betrifft dies, welche Themen sind damit verbunden und welche Partei kann folglich davon profitieren. Insgesamt sind die Anhänger der „etablierten Parteien“ in dieser Frage relativ nah beieinander. Auch die Anhänger der LINKEN betonen in nahezu gleichem Maße wie jene der SPD, dass sie zuversichtlich sind. Das Verhältnis dreht sich lediglich bei den Anhängern der AfD um.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND August II 2016; eigene Darstellung

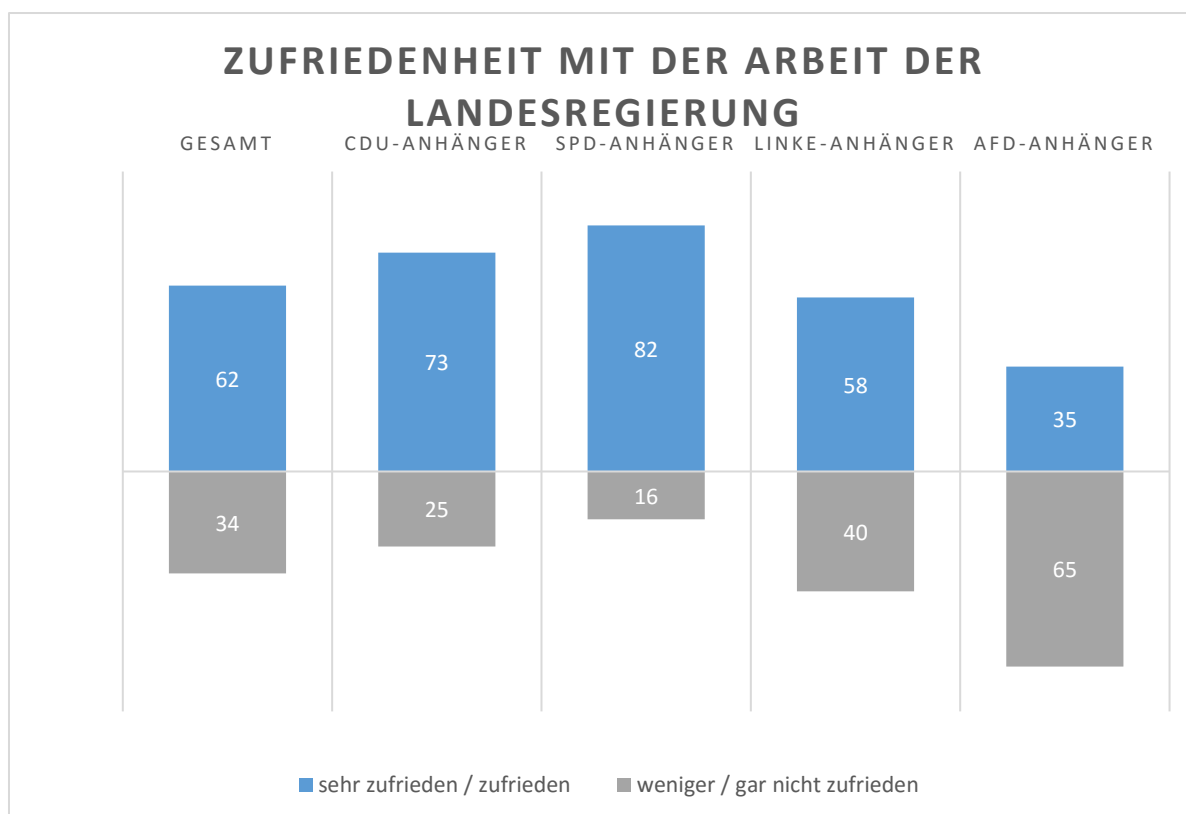
Ungeachtet des Lohnrückstandes, den das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern aufweist und des überdurchschnittlichen Anteils derer, die von Armut bedroht sind, profitierte die amtierende CDU-SPD-Landesregierung von einer grundsätzlich positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation der Wählerinnen und Wähler. So stellte infratest dimap im August des Jahres fest, dass 77 Prozent der Befragten ihre wirtschaftliche Situation als gut bzw. sehr gut einschätzten. Offenkundig haben sich viele, einen Rückgang der Massenarbeitslosigkeit als Hoffnungszeichen deutend, mit ihrer persönlichen Lage arrangiert.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND August 2016; eigene Darstellung

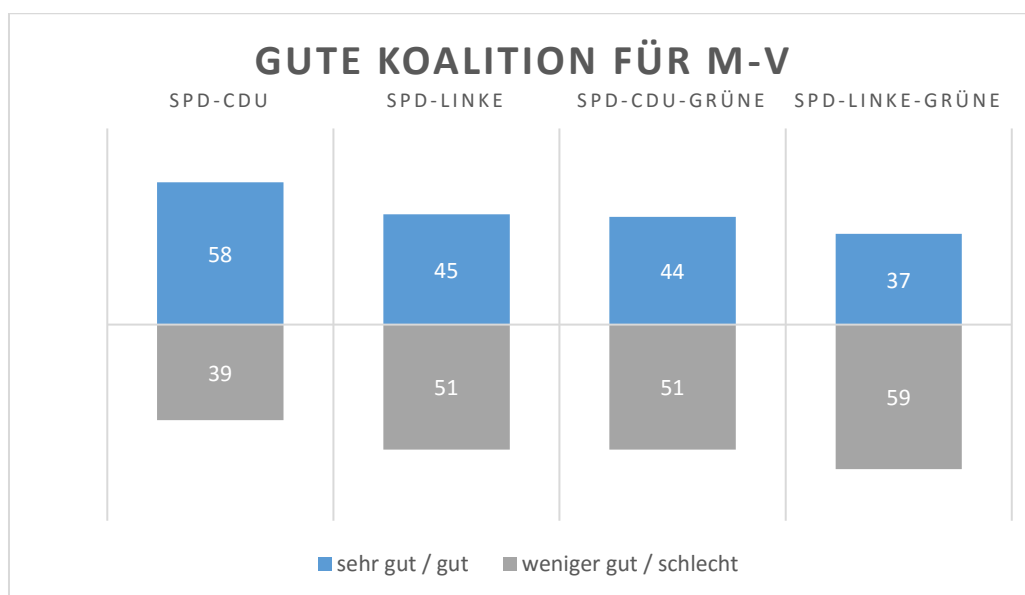
Dabei konnte der hohe Wert des Junis bis unmittelbar vor den Wahlen nochmals gesteigert werden. Offenkundig vermittelten CDU und SPD mit ihrer fortlaufenden Erzählung sinkender Arbeitslosenzahlen und steigender Beschäftigung, neuer Tourismusrekorde und einer erhöhten Förderung des Infrastrukturausbaus eine positive Grundstimmung, die sich bei den Wahlberechtigten niederschlug. Bereits in den Vorwahlinterviews, die DIE LINKE durchgeführt hat, wurde deutlich, dass die Sorgen der Menschen eher die Zukunft betreffen und weniger Ausdruck einer jetzigen Betroffenheit sind. Nach den Jahren der Massenarbeitslosigkeit und allgemeiner Perspektivlosigkeit sehen die Menschen Licht am Horizont, der die Wechselstimmung nicht befördert.

Von der positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation konnte die Landesregierung direkt profitieren. So waren ihre Zustimmungswerte ähnlich hoch wie der bundesdeutsche Durchschnitt und damit spiegelverkehrt zur Situation im Land Berlin, wo 60 Prozent die Arbeit des Senats negativ einschätzen. 62 Prozent der befragten Mecklenburger und Vorpommern schätzen die Arbeit der Landesregierung positiv ein. Selbst die Anhänger der LINKEN sehen mit 58 zu 40 Prozent die Arbeit der Landesregierung positiv. Damit hat DIE LINKE ein Mobilisierungsproblem. Wenn die eigenen Anhänger mehrheitlich nicht der Auffassung sind, dass die politische Konkurrenz eine falsche Politik betreibt, werden auch WechselwählerInnen nicht von einer Wahlentscheidung zugunsten der LINKEN zu überzeugen sein. Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung speist sich allein aus dem Lager der Anhänger der AfD, welches für DIE LINKE nicht zu erreichen ist.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND August II 2016; eigene Darstellung

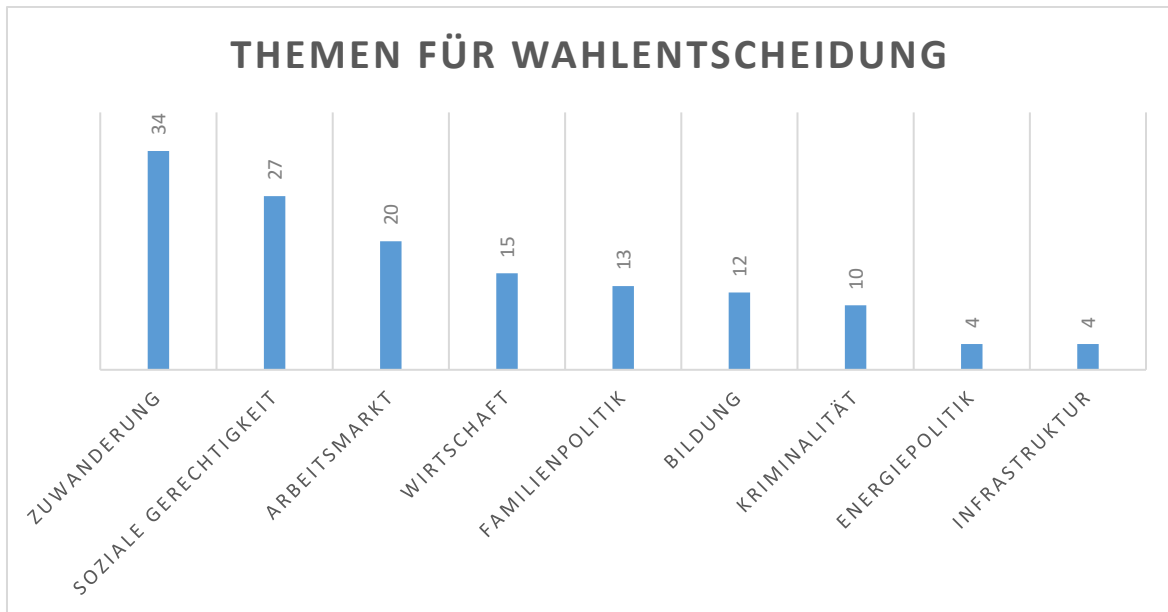
Vor dem Hintergrund dieser Daten ist eine Wechselstimmung nicht zu vermuten. Und tatsächlich gelang es CDU und vor allem der SPD, wie bereits im Wahlkampf 2011, die Stimmung erfolgreich zu ihren Gunsten zu drehen. Die negativen Erfahrungen in der Bevölkerung wiegen offenkundig nicht schwer genug, als dass man sich auf das Experiment eines Regierungswechsels einlassen möchte. Auch wenn die Unterschiede nicht ganz so groß ausfallen, wie die Zufriedenheitsanalyse es vermuten lässt, bleibt die SPD-CDU-Koalition klar das Regierungsmodell mit den höchsten Zustimmungswerten.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND August 2016; eigene Darstellung

Für die Bevölkerung war im Zeitraum der heißen Wahlkampfphase vor allem ein Thema für ihre Wahlentscheidung wichtig. Das mit 34 Prozent häufigst genannte Thema war „Integration / Zuwanderung / Umgang mit Flüchtlingen“. An zweiter Stelle wurden mit 27 Prozent Fragen sozialer

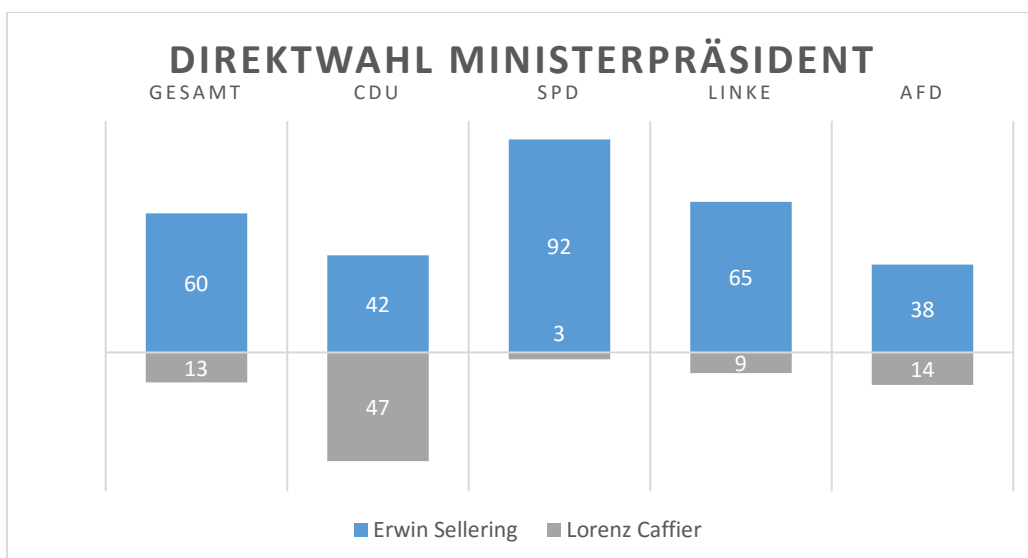
Gerechtigkeit genannt. Entgegen den Erwartungen spielte das Thema Kriminalität / Innere Sicherheit mit zehn Prozent nicht in der ersten Liga der wichtigsten Themen. Da das Thema „Zuwanderung“ alle anderen Sachfragen überragt, ist die breite landespolitische Agenda, mit der DIE LINKE angetreten ist, nur schwer zu vermitteln.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND August 2016; eigene Darstellung

Mit Ausnahme von NPD und AfD standen bei keiner Partei Fragen der Zuwanderung im Zentrum der Wahlkampagne, obgleich bei den Anhängern fast aller Parteien dieses Thema ganz oben auf der Prioritätenliste stand. Lediglich bei den Anhängern der LINKEN waren Fragen sozialer Gerechtigkeit wahlentscheidender.

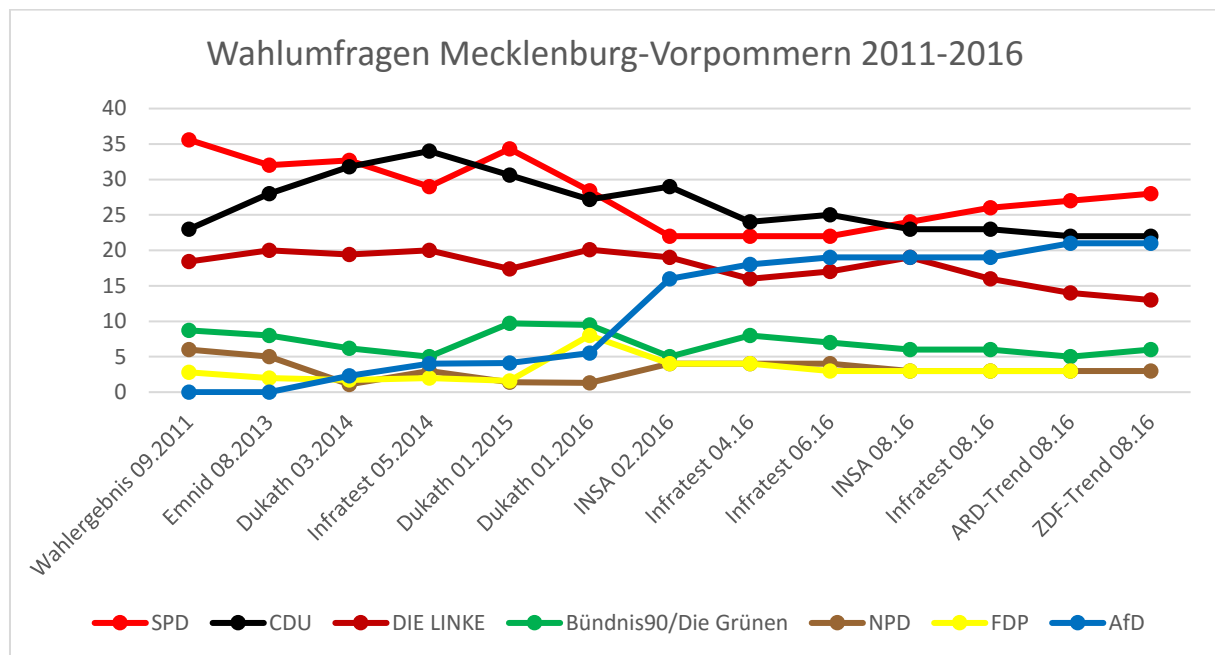
Die Personalisierung des Wahlkampfes der SPD war aus taktischer Sicht eine richtige Entscheidung. Mit Abstand weist der derzeitige Ministerpräsident Selling die größten Sympathiewerte auf. 64 Prozent aller Befragten sind mit Erwin Selling (sehr) zufrieden. Mit 49 Prozent folgt der Zweitplatzierte, Lorenz Caffier. Die Reihe der Oppositionspolitiker führt Helmut Holter mit 34 Prozent an. Noch eindeutiger ist das positive Votum für Selling, wenn es um die Frage der Direktwahl des Ministerpräsidenten geht.



Quelle: Mecklenburg-VorpommernTREND II August 2016; eigene Darstellung

Hier plädieren, mit Ausnahme der CDU, die Anhänger aller Parteien für eine Wiederwahl von Selloering als Ministerpräsidenten. Er schafft es dabei, sich von der Bewertung der Landesregierung abzukoppeln. Während immerhin noch 40 Prozent der Anhänger der LINKEN und eine Mehrheit von 65 Prozent der AfD-Anhänger mit der Arbeit der Landesregierung unzufrieden waren, treten mit 65 bzw. 38 Prozent deutlich mehr für eine Wiederwahl von Selloering ein.

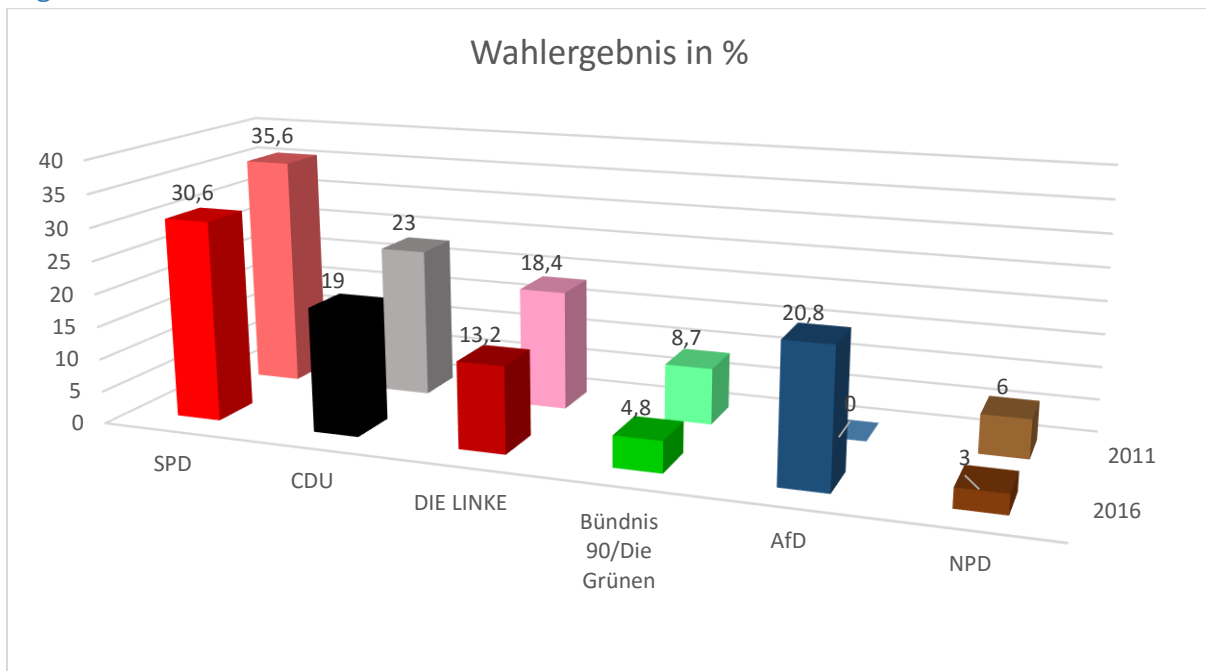
In der Langzeitbeobachtung der Wahlumfragen im Zeitraum von den Wahlen 2011 bis zum Wahltag 2016 zeigen sich insbesondere zwei Trends, die von Interesse sind. Zeitgleich zum Erstarken der AfD verlieren SPD und CDU an Zustimmung. Zweitens gelingt es der SPD zum Schlusspurt des Wahlkampfes deutlich an Dynamik zu gewinnen, während DIE LINKE Stimmen abgibt.



Ehemalige NichtwählerInnen bleiben bei dieser Betrachtung außen vor. Es ist mithin nicht klar, ob sich der Zuwachs an Stimmen nicht auch aus diesem Lager speist. Doch deuten die beschriebenen parallelen Entwicklungen auf eine direkte Wechselwirkung zwischen den Parteien. Inwieweit sich diese These bestätigen lässt, wird anhand der WählerInnenwanderung zu überprüfen sein. Bereits jetzt ist aber klar, dass eine Wechselwirkung der LINKEN mit der SPD besteht.

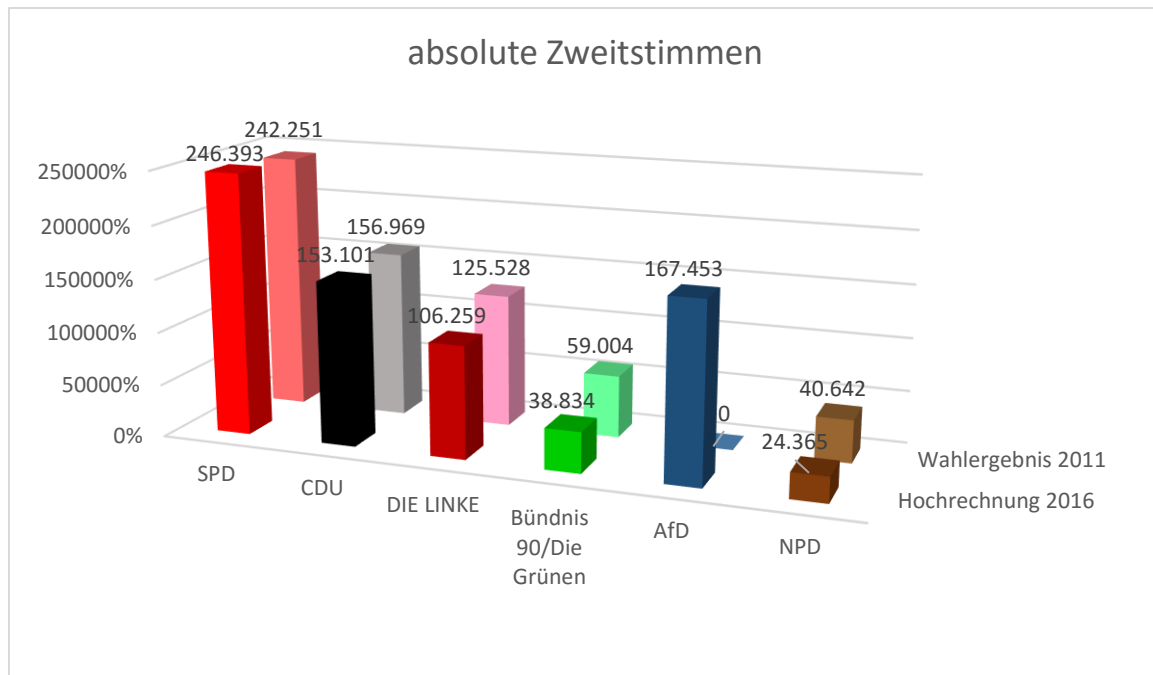
Vorläufiges Ergebnis

Ergebnis der relevanten Parteien



Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

Das Ergebnis zu den Landtagswahlen 2016 kennt mit einer Ausnahme ausschließlich Wahlverlierer. Die SPD konnte an ihr ausgezeichnetes Ergebnis des Jahres 2011 nicht anknüpfen. Vielmehr verlor sie fünf Prozentpunkte, bleibt damit aber mit einem Abstand von zehn Prozent auf den Zweitplatzierten stärkste Kraft in M-V. Die CDU hat ihr 2011 erzielt schlechtestes Wahlergebnis nochmals unterboten. Sie erreicht nur noch 19 Prozent. DIE LINKE verlor ebenfalls im Vergleich zum Landtagswahlergebnis 2011 5,2 Prozentpunkte. Die Grünen, die 2011 unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Fukushima mit für hiesige Verhältnisse großer Zustimmung in den Landtag gewählt wurden, konnten ihr Ergebnis nicht halten, sind gar an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Die NPD schafft trotz Mobilisierung aller Reserven, diesen Sprung ebenfalls nicht und ist damit in keinem Landtag in der Bundesrepublik mehr vertreten. Einziger Wahlgewinner ist die AfD, mit 20,8 Prozent. Sie schafft aus dem Stand zweitstärkste Partei zu werden.

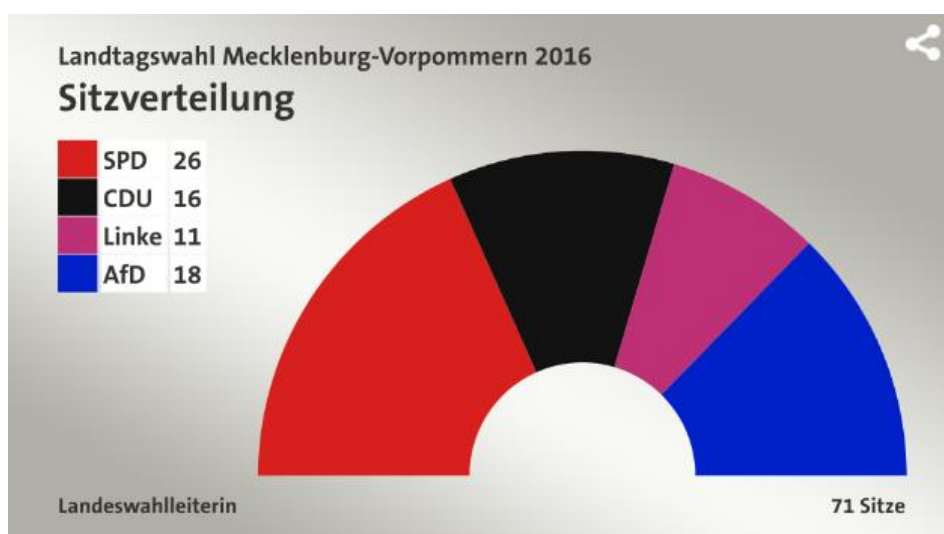


Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

Die Anzahl der Wahlberechtigten sank von 1,374 Millionen auf 1,333 Millionen. Der kleiner werdende WählerInnenpool ist beim Zweitstimmenvergleich der Parteien zwischen 2011 und 2016 mit zu berücksichtigen. Insofern spiegeln Zweitstimmenverluste nicht ausschließlich eine sinkende Zustimmung wider, sondern sie sind auch Ausdruck des Bevölkerungsverlusts. Zu einem späteren Zeitpunkt, im Zuge der Betrachtung der WählerInnenwanderung wird zu klären sein, inwieweit DIE LINKE davon besonders betroffen ist.

Der SPD gelang es absolut an Stimmen zu gewinnen, die CDU verlor leicht. DIE LINKE verliert über 15 Prozent ihrer WählerInnen. Damit ist der Verlust an absoluten Stimmen zwar deutlich, er liegt aber unter dem knapp 30-prozentigen prozentualen Rückgang.

Für die Sitzverteilung im Landtag ergibt dies folgendes Bild.



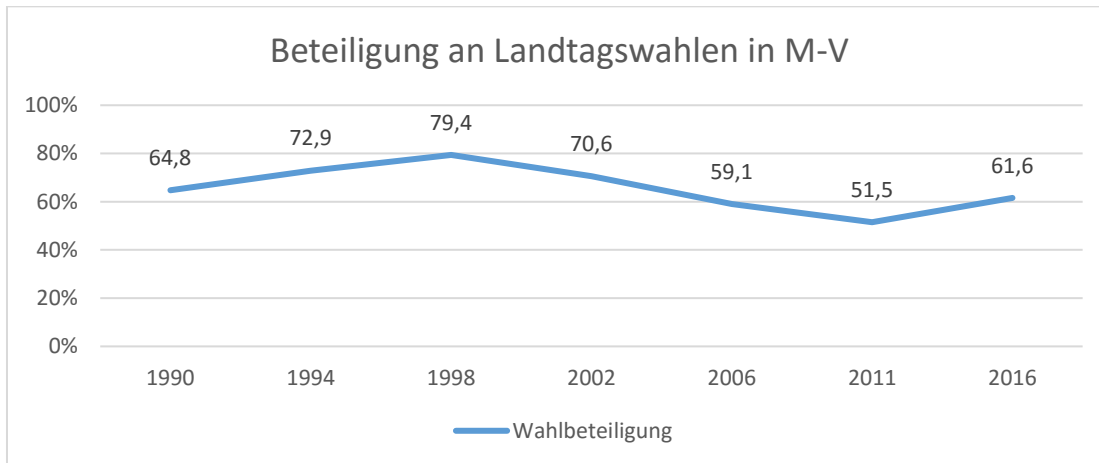
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr

Die Mehrheit des Landtages ist mit 36 Sitzen erreicht. Damit sind rechnerisch mehrere Koalitionen möglich. Sieht man von einer Beteiligung der AfD ab, die von allen Parteien ausgeschlossen wurde,

ergeben sich zwei Varianten. Eine SPD-CDU-Koalition käme auf 42 Sitze. Rot-rot würde 37 Sitze erreichen.

Wahlbeteiligung

Auch in M-V setzt sich der Trend der letzten Landtagswahlen aus den anderen Bundesländern fort. Die Wahlbeteiligung stieg von 51,5 Prozent in 2011 auf 61,6 Prozent. Damit wurde der Trend sinkender Wahlbeteiligungen seit 1998 durchbrochen und erreicht in diesem Jahr wieder das Niveau von vor 2006.



Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

Ergebnisse in den Wahlkreisen

Die folgende Tabelle zeigt die erzielten Ergebnisse bei den Zweitstimmen in den Wahlkreisen. Unterlegt sind die zehn Wahlkreise, in denen die jeweiligen Parteien die größten Stimmenanteile erzielen konnten. Es zeigt sich, dass die Hochburgen der SPD insbesondere im Westen des Landes, im Rostocker Wahlkreis II sowie in Schwerin liegen. Die Abweichungen vom Durchschnitt bei der CDU sind im Vergleich zur SPD geringer. Sie kann vor allem in der Mecklenburgischen Seenplatte und in Vorpommern-Rügen punkten. DIE LINKE holt ihre guten Ergebnisse vor allem in den Städten. Im ländlichen Raum liegen ihre Werte mit Ausnahme der Mecklenburgische Seenplatte IV und Vorpommern-Rügen IV unter dem Landesdurchschnitt. Die AfD erzielt ihre höchsten Zustimmungswerte im Osten des Landes.

Wahlkreis	SPD	CDU	DIE LINKE	Grüne	NPD	AFD
Landesweites Ergebnis	30,6	19	13,2	4,8	3	20,8
1 Greifswald	27,8	18,6	12,9	10,3	1,8	18,7
2 Neubrandenburg I	30,9	15,7	18,8	3,4	2,4	21,7
3 Neubrandenburg II	30,4	17	16,5	4,6	2,2	21
4 Rostock I	32,4	14,6	16,3	4,2	2,6	21,4
5 Rostock II	36,1	12,8	18,3	4,5	2	18,5
6 Rostock III	32,6	16,1	16,9	12	0,8	12,2
7 Rostock IV	30,3	17,1	15,2	9,1	1,5	17,3

8 Schwerin I	34,6	18,8	13,7	7,8	1,7	14,7
9 Schwerin II	36,1	15,3	15,3	3,9	3,3	18,2
10 Wismar	38	13,8	12,3	5,4	2,4	19,6
11 Landkreis Rostock I	32,1	20,2	11,6	4,5	2,1	21,3
12 Landkreis Rostock II	31,5	21,5	12,6	4,8	1,6	19,8
13 Mecklenburgische Seenplatte I - Vorpommern-Greifswald I	24,1	23,3	12,2	2,5	3,9	24,4
14 Mecklenburgische Seenplatte II	27,7	20,9	13,1	2,2	3,3	20,9
15 Landkreis Rostock III	32,2	22,1	11,1	3,3	3	20,6
16 Landkreis Rostock IV	35,3	19,1	11	3,8	3	20
17 Ludwigslust-Parchim I	37	16,1	11	3,3	5,7	17,1
18 Ludwigslust-Parchim II	34,9	19,9	12,1	3	3,8	17,3
19 Ludwigslust-Parchim III	33,6	17,1	11,9	3,1	3,9	20,6
20 Mecklenburgische Seenplatte III	31,4	18,8	13,3	5,1	1,9	22,2
21 Mecklenburgische Seenplatte IV	28,1	22,6	14,2	4,6	2,7	21,6
22 Mecklenburgische Seenplatte V	26,3	21,9	12	3,3	4,3	23,9
23 Vorpommern-Rügen I	30,3	23	11,6	3,6	2,3	20,6
24 Vorpommern-Rügen II - Stralsund III	23,6	27,7	11,4	3,7	2,8	23,1
25 Vorpommern-Rügen III - Stralsund I	27,3	21	11,9	3,8	3,2	24,7
26 Stralsund II	23,6	22,6	11,1	8,5	2,1	21,8
27 Nordwestmecklenburg I	36,1	18,2	12,5	5,3	2,8	18
28 Nordwestmecklenburg II	34,4	18,1	11,9	4,1	2,8	20,1
29 Vorpommern-Greifswald II	22,7	19,4	11,7	3,4	6,4	27,6
30 Vorpommern-Greifswald III	18,8	17,7	13,6	3,3	5,6	32,3
31 Ludwigslust-Parchim IV	32	19,7	12,8	3,2	3,2	19,2
32 Ludwigslust-Parchim V	34	18,8	11,6	3,9	3	18,5
33 Vorpommern-Rügen IV	25	20,1	13,8	4	2,4	24,3
34 Vorpommern-Rügen V	25,3	21,1	13,3	4,2	1,7	24,9
35 Vorpommern-Greifswald IV	26,	17,3	12,9	1,9	8,7	24,5
36 Vorpommern-Greifswald V	25,3	18,5	13,2	2,4	6,9	26,4

Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

Erst- und Zweitstimmenvergleich

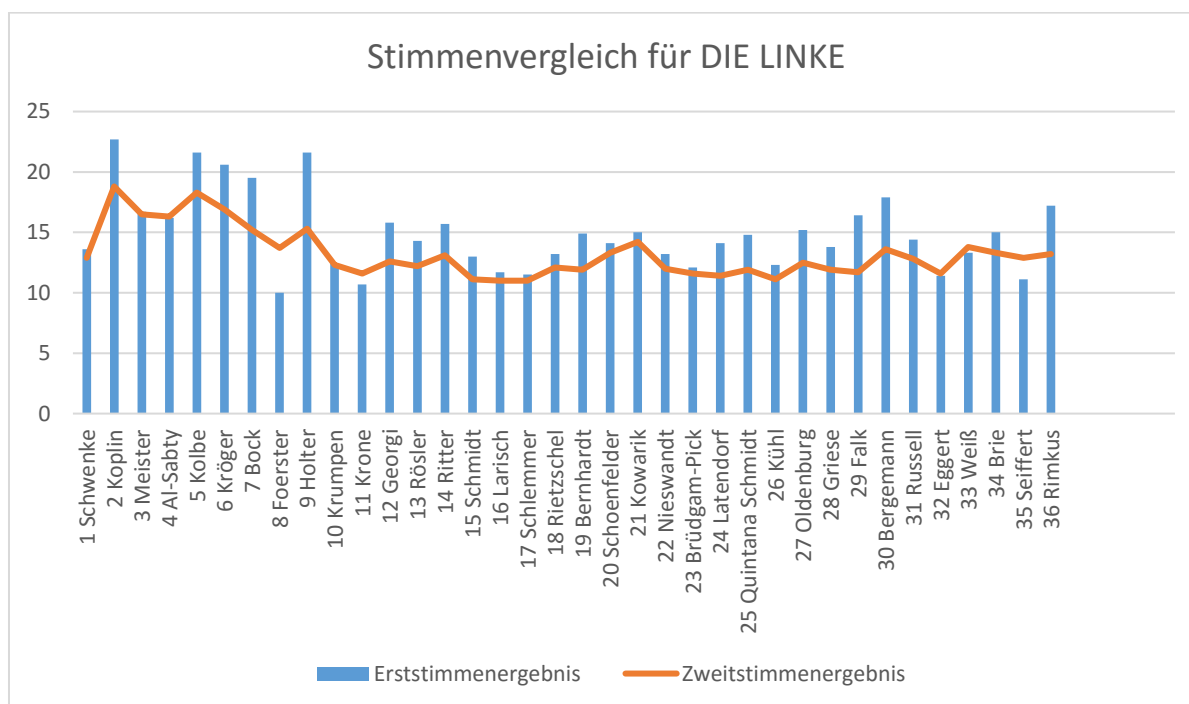
Die folgende Tabelle zeigt die erzielten Erststimmen in den Wahlkreisen in Prozent an. Das jeweils unterlegte Ergebnis gibt jene Partei an, die den Wahlkreis gewonnen hat. Dabei bestätigt sich im Wesentlichen das Bild aus dem wahlkreiskonkreten Vergleich der Zweitstimmen. Insgesamt haben SPD, CDU und AfD Direktmandate erringen können. Die SPD ist stark im Westen, während sich die Wahlkreise im Osten des Landes AfD und CDU untereinander aufteilen. Insgesamt konnte die SPD mehr Wahlkreise gewinnen als vor fünf Jahren.

Wahlkreis	SPD	CDU	DIE LINKE	Grüne	AfD
1 Greifswald	28,3	20,7	13,6	9,4	19,9
2 Neubrandenburg I	31,4	15,8	22,7	4,5	22,8
3 Neubrandenburg II	32,4	20,2	16,7	4,6	22,3
4 Rostock I	33,5	15,8	16,2	4,2	22,8
5 Rostock II	36,3	13,5	21,6	5,9	19,6
6 Rostock III	31,4	16,6	20,6	11,5	12,4
7 Rostock IV	29	19,5	19,5	9,9	18
8 Schwerin I	47,4	15,5	10	5,3	14
9 Schwerin II	29,6	16,8	21,6	4	19,8
10 Wismar	40,6	14,3	12,4	5,6	21,1
11 Landkreis Rostock I	29,3	21	10,7	5	19,3
12 Landkreis Rostock II	29,4	24	15,8	5,3	20,1
13 Mecklenburgische Seenplatte I - Vorpommern-Greifswald I	18,9	28,2	14,3	2,2	25,1
14 Mecklenburgische Seenplatte II	24,5	23,9	15,7	2,3	21,4
15 Landkreis Rostock III	29,5	24,8	13	3,2	22
16 Landkreis Rostock IV	32,9	25,5	11,7	3,3	21,3
17 Ludwigslust-Parchim I	41,7	14,4	11,5	2,6	20,3
18 Ludwigslust-Parchim II	30	26,7	13,2	2,7	19,1
19 Ludwigslust-Parchim III	28,7	19,6	14,9	3,1	22,7
20 Mecklenburgische Seenplatte III	30,2	21,1	14,1	6,9	23,2
21 Mecklenburgische Seenplatte IV	28,6	26,4	15	4,3	22,4
22 Mecklenburgische Seenplatte V	24,6	26,6	13,2	3	25,9
23 Vorpommern-Rügen I	27,3	27,3	12,1	2,9	20,5

24 Vorpommern-Rügen II - Stralsund III	16,8	42,8	14,1	4,9	21,5
25 Vorpommern-Rügen III - Stralsund I	23,6	26,7	14,8	4,2	26,2
26 Stralsund II	20,9	22,2	12,3	9,9	21,9
27 Nordwestmecklenburg I	38,5	18,5	15,2	4,1	18,9
28 Nordwestmecklenburg II	31,9	20,5	13,8	4,1	23,1
29 Vorpommern-Greifswald II	18,4	23	16,4	4	31,6
30 Vorpommern-Greifswald III	17,8	19	17,9	2,8	35,3
31 Ludwigslust-Parchim IV	28,3	24,9	14,4	2,9	21,6
32 Ludwigslust-Parchim V	31,6	23,4	11,4	3,9	18,7
33 Vorpommern-Rügen IV	17,7	25,8	13,3	3,5	22,8
34 Vorpommern-Rügen V	22,4	27,9	15	4,4	24,9
35 Vorpommern-Greifswald IV	31	18,5	11,1	1,9	29,3
36 Vorpommern-Greifswald V	24,1	26,2	17,2	3,9	28,6

Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

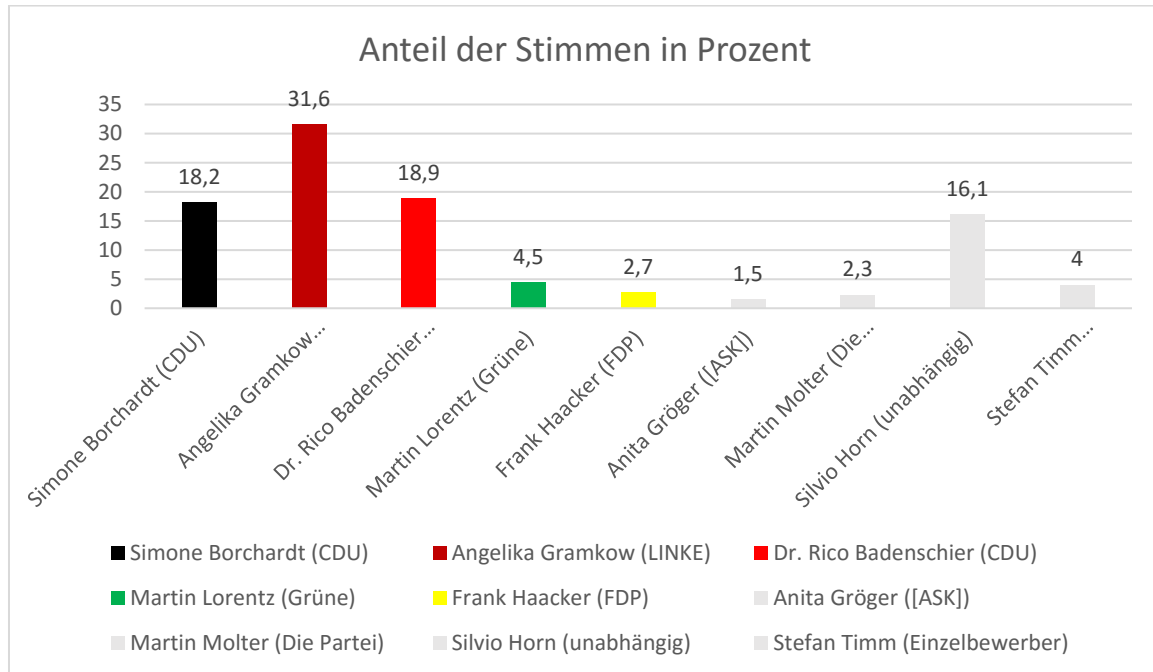
Auch wenn DIE LINKE keinen Wahlkreis gewinnen konnte, zeigt die differenzierte Darstellung zwischen Erst- und Zweitstimme, dass die Unterschiede zwischen den Regionen teils erheblich sind. Dort, wo DIE LINKE ein überdurchschnittliches Zweitstimmenergebnis erzielen konnte, errangen in der Regel die DirektkandidatInnen noch weitere Prozente.



Quelle: Statistisches Amt MV • Die Landeswahlleiterin • 05.09.2016, 10:30 Uhr; eigene Darstellung

Wahlergebnis der OB-Wahl in Schwerin

Parallel zu den Landtagswahlen fanden in der Landeshauptstadt Schwerin die Wahlen zum/zur Oberbürgermeister/in statt. Die Amtsinhaberin der LINKEN, Angelika Gramkow, konkurrierte mit sieben WettbewerberInnen. Bei dieser Direktwahl ergab sich folgende Stimmverteilung.



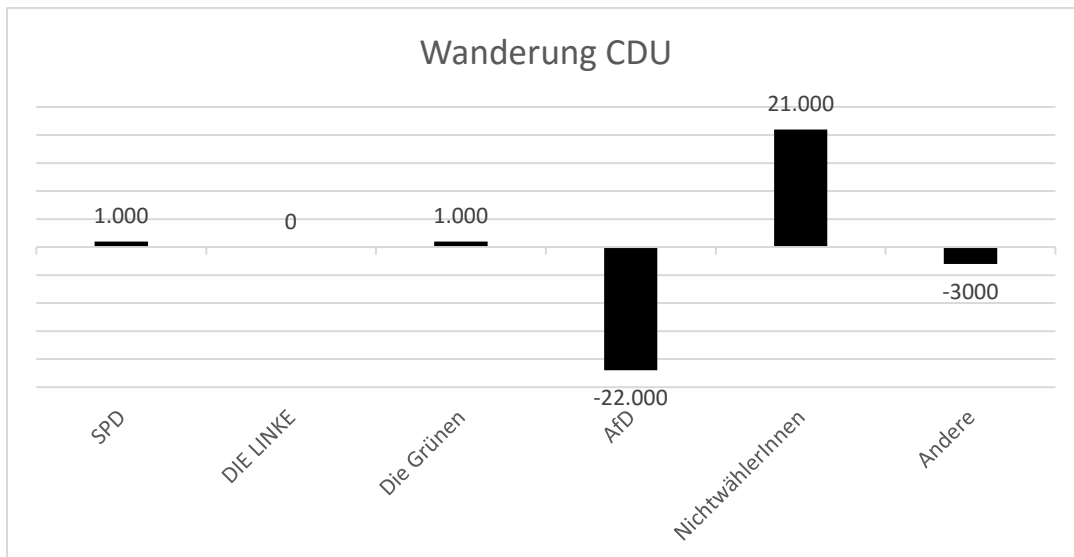
Quelle: Gemeindewahlleitung Schwerin 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Demzufolge treten in der Stichwahl SPD und LINKE gegeneinander an. Es ist davon auszugehen, dass der Landestrend dem relativ unerfahrenen Bewerber der SPD spürbar geholfen hat. Die Stichwahl sollte eher von stadtpolitischen Themen geprägt sein.

Deutung des Ergebnisses - Wahltagsbefragungen

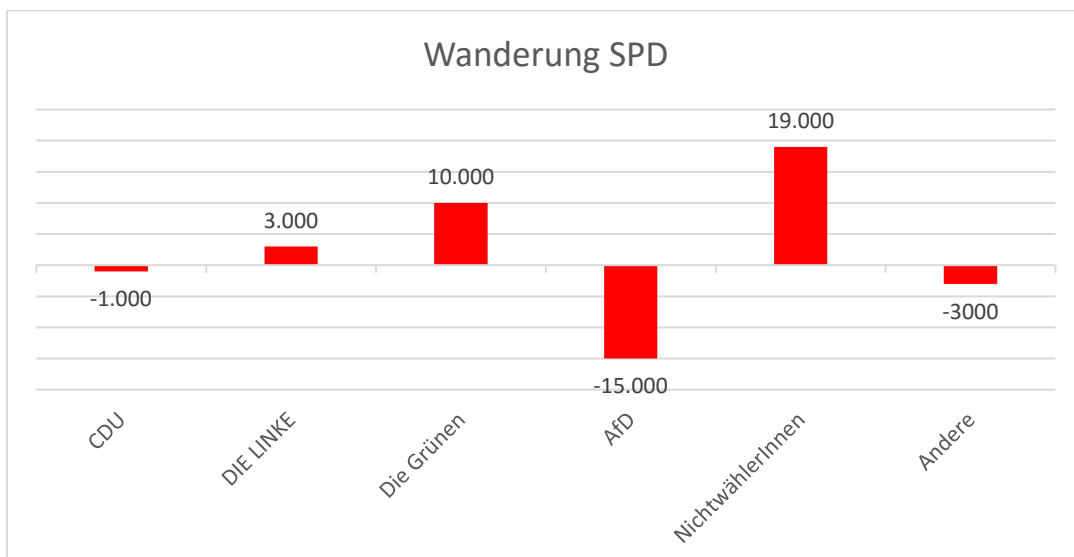
Wähler/-innenwanderungen

Die WählerInnenwanderung gibt Aufschluss darüber, welche WählerInnenpotentiale erschlossen wurden. Hier ist insbesondere die Frage zu beantworten, ob das Erstarken der AfD auf vormalige WählerInnen anderer Parteien oder auf die Aktivierung von NichtwählerInnen zurückzuführen ist. Der zweite Fokus soll insbesondere auf die WählerInnenwanderung der LINKEN gelegt werden.



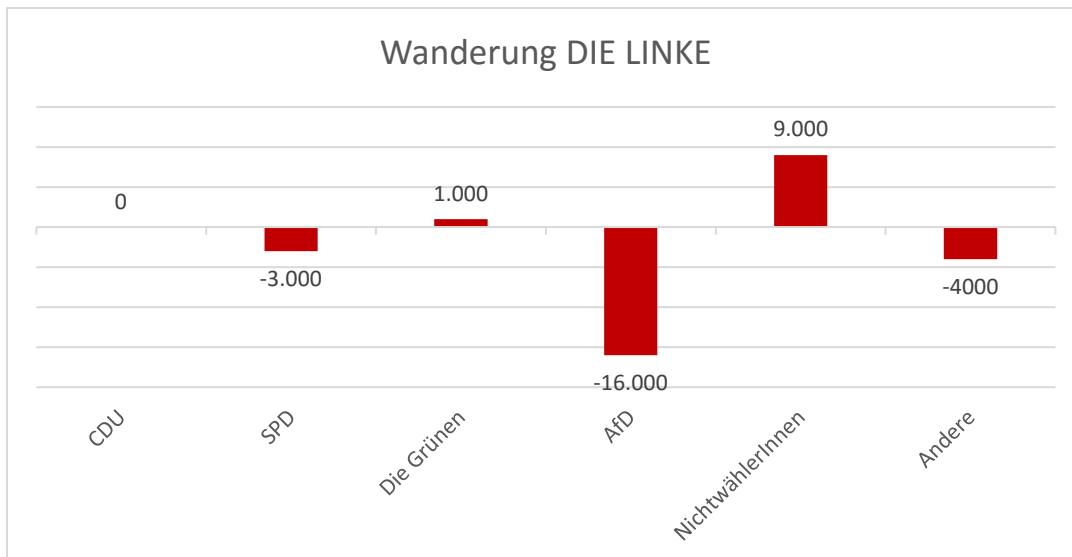
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Die CDU verliert mit 22.000 Stimmen insbesondere an die AfD, kann jedoch in nahezu selben Umfang NichtwählerInnen hinzu gewinnen. Die übrigen Wanderungsbewegungen sind marginal.



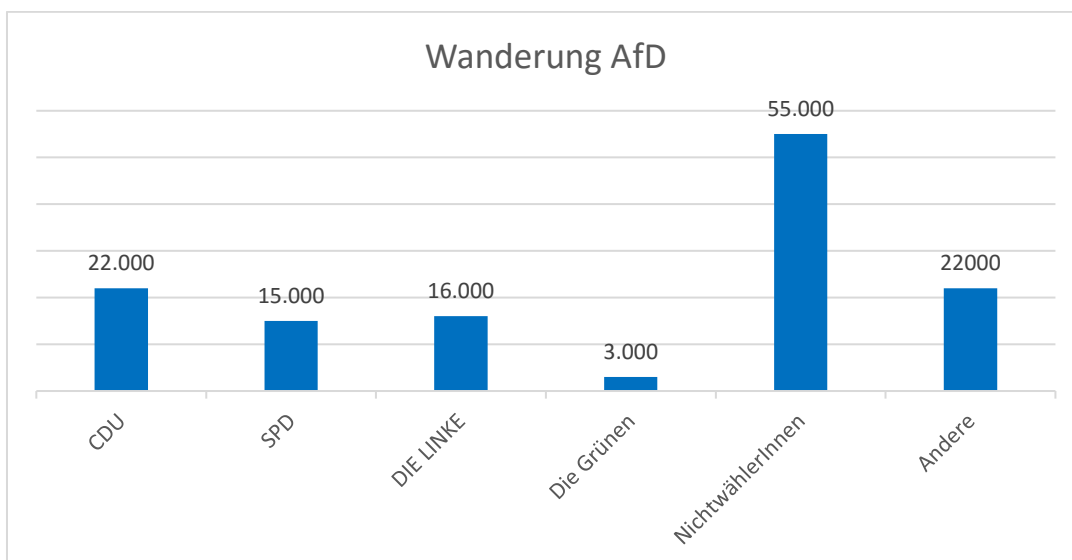
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Die SPD verliert mit 15.000 Stimmen ebenfalls in Größenordnungen an die AfD. Sie kann aber diesen Verlust über einen Gewinn aus dem Lager der NichtwählerInnen mehr als ausgleichen und profitiert in großem Maße von der Schwäche der Grünen.



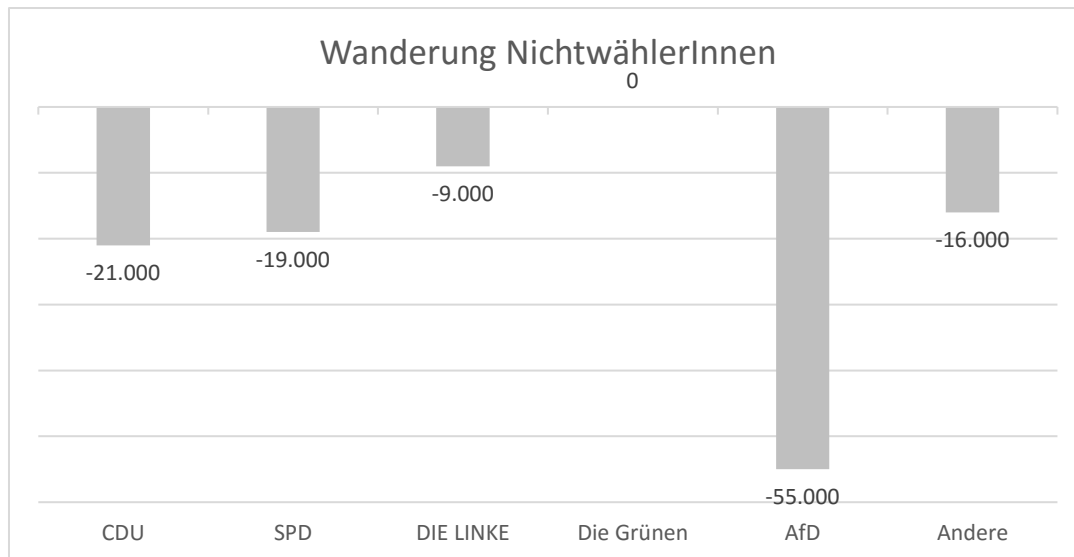
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

DIE LINKE verliert mit 16.000 Stimmen insbesondere an die AfD. Dies ist unterhalb der Wanderung von CDU in Richtung AfD, jedoch in etwa genauso hoch wie die Bewegung von SPD zur AfD. Im Unterschied zur SPD hat es jedoch DIE LINKE nicht vermocht, das WählerInnenpotential der Grünen zu erreichen. Der Gewinn bei den NichtwählerInnen kann den Verlust nicht kompensieren.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

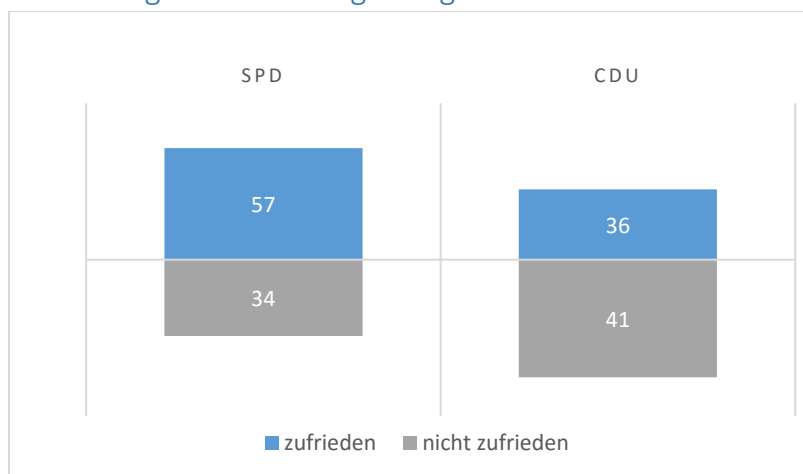
Die AfD kann über alle Parteigrenzen hinweg neue WählerInnen für sich gewinnen. Unterschiede zwischen den Parteien sind in nur kleinerem Maße feststellbar. Es bleibt bei den Beobachtungen, die aus Sachsen-Anhalt bekannt sind. Insbesondere von der CDU kann die AfD WählerInnen abziehen. Der Verlust der LINKEN sowie der SPD ist ähnlich, angesichts der unterschiedlichen Größe der Parteien fällt der Verlust für DIE LINKE jedoch ungleich dramatischer aus. Den deutlichsten Zugewinn erzielt die AfD aus dem Lager der NichtwählerInnen.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Von dem oben beschriebenen Anstieg der Wahlbeteiligung kann insbesondere die AfD profitieren. 55.000 NichtwählerInnen stimmten für diese Partei. Die Aktivierung zusätzlicher WählerInnen, die mit Ausnahme der Grünen allen Parteien gelungen ist, verdeutlicht die hohe Polarisierung der Wahlbevölkerung. Das Flüchtlingsthema und der Rechtsruck haben WählerInnen neu motiviert, an der Wahl teilzunehmen.

Bewertung der Landesregierung



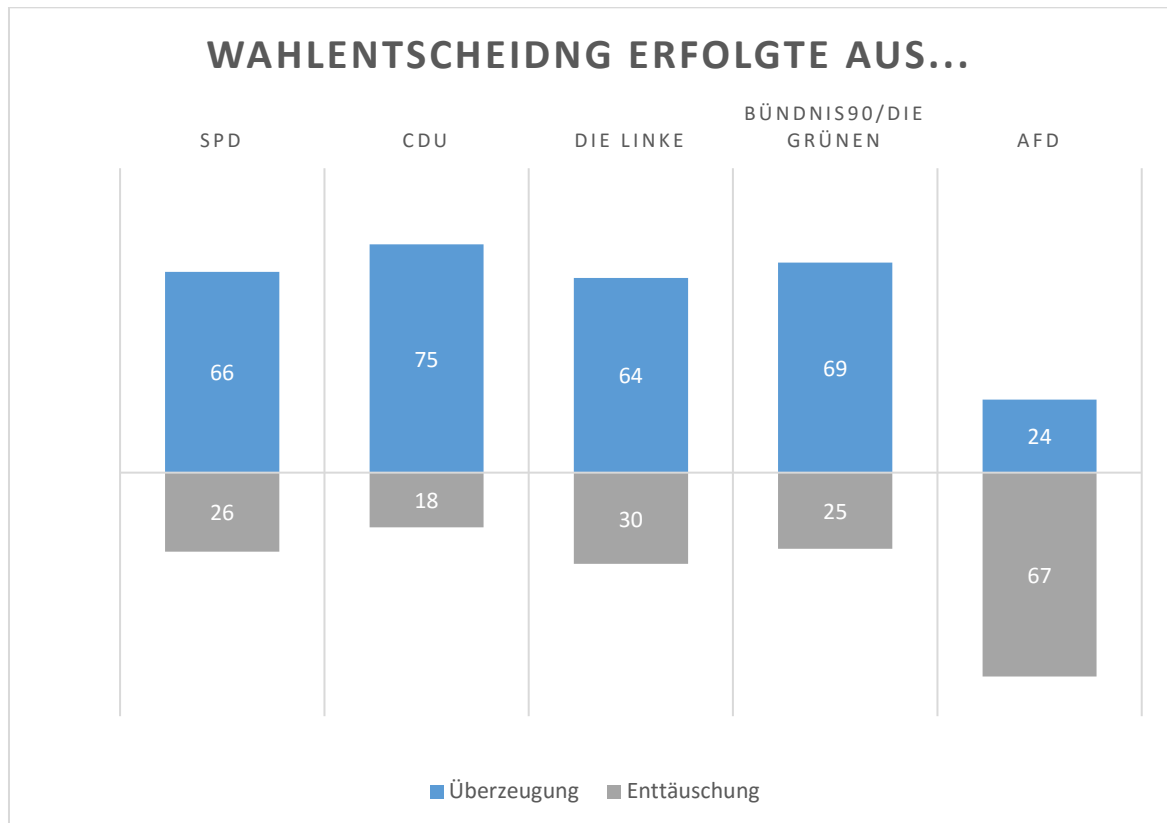
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Auch am Wahltag setzt sich das vor der Wahl bekannte Bild einer großen Zufriedenheit mit der Landesregierung fort. Während zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt nur 44 Prozent der Befragten sich zufrieden mit der Landesregierung zeigten, sind es in M-V über 60 Prozent. Die Verteilung über die Koalitionsparteien ist jedoch sehr unterschiedlich. Es gelingt der SPD die allgemeine Zufriedenheit mit der Landesregierung auf sich zu vereinen. Die CDU hat das bekannte Problem kleinerer Koalitionspartner, dass die Erfolge in der Regierung vom Größeren absorbiert werden und sich damit nicht in Wählerstimmen ummünzen lassen.

Vor diesem Hintergrund war auch die Wechselstimmung am Wahltag gering ausgeprägt. 60 Prozent sprechen sich für eine Fortsetzung der SPD-CDU-Koalition aus.

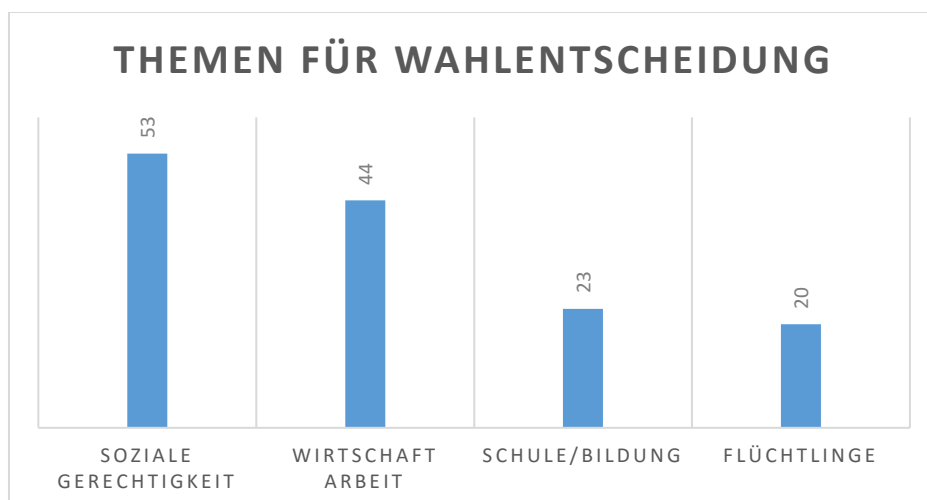
Motive für Wahlentscheidung

Der hohe Anteil der ProtestwählerInnen für die AfD wird anhand der folgenden Grafik deutlich. Während die WählerInnen von CDU, SPD, Bündnisgrünen und LINKE diese Parteien deswegen wählen, weil sie deren inhaltlichen Auffassungen teilen, bezieht die AfD ihre WählerInnen vor allem aus dem Lager der Protestwählenden. 67 Prozent wählten die AfD aus Enttäuschung über die anderen Parteien.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

Wahlentscheidende Themen

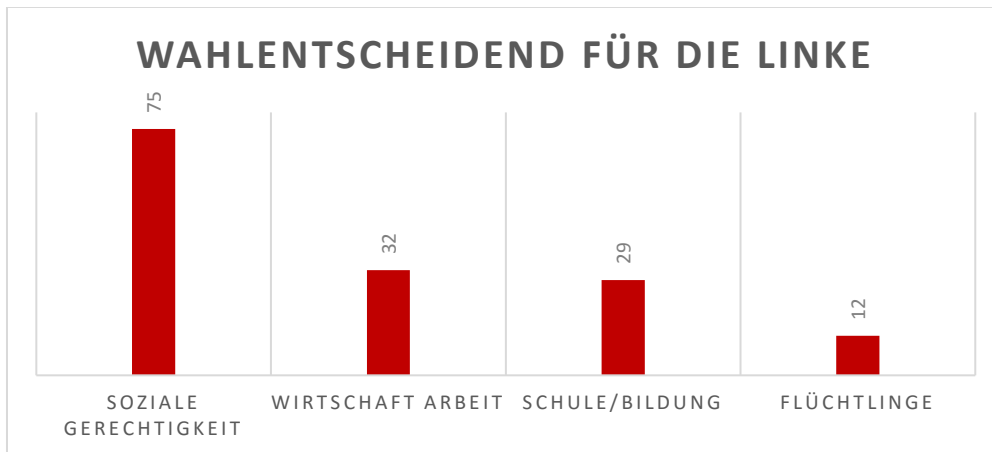


Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

53 Prozent der Wählenden gaben an, dass das Thema soziale Gerechtigkeit für sie wahlentscheidend war. Lediglich 20 Prozent begründeten ihre Wahlentscheidung mit dem Thema Flüchtlinge. Dies

widerspricht dem Vorwahlbild, bei dem „Zuwanderung“ als bedeutendstes Thema genannt wurde. Da ein derartiger Stimmungsumschwung nicht zu erwarten ist und im Übrigen auch konträr zum Wahlergebnis der AfD steht, ist zu vermuten, dass die Menschen ihren sozialen Status aufgrund der Flüchtlinge bedroht sahen. Sie assoziieren die Zuwanderung mit den damit verbundenen Herausforderungen im jeweiligen Politikfeld.

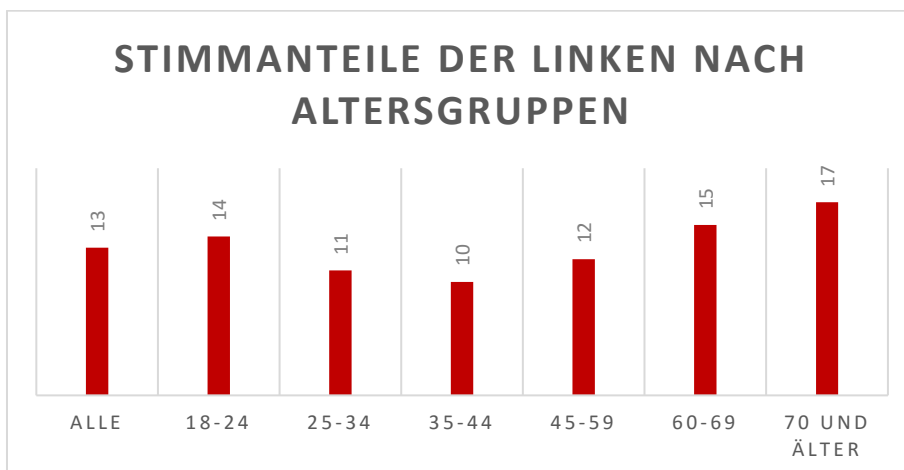
Die WählerInnen der LINKEN wählten diese Partei vor allem wegen ihres sozialpolitischen Profils. Bei den Wählenden der AfD steht das Thema „Flüchtlinge“ mit 54 Prozent an erster Stelle, dicht gefolgt von der „Sozialen Gerechtigkeit“ mit 48 Prozent.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

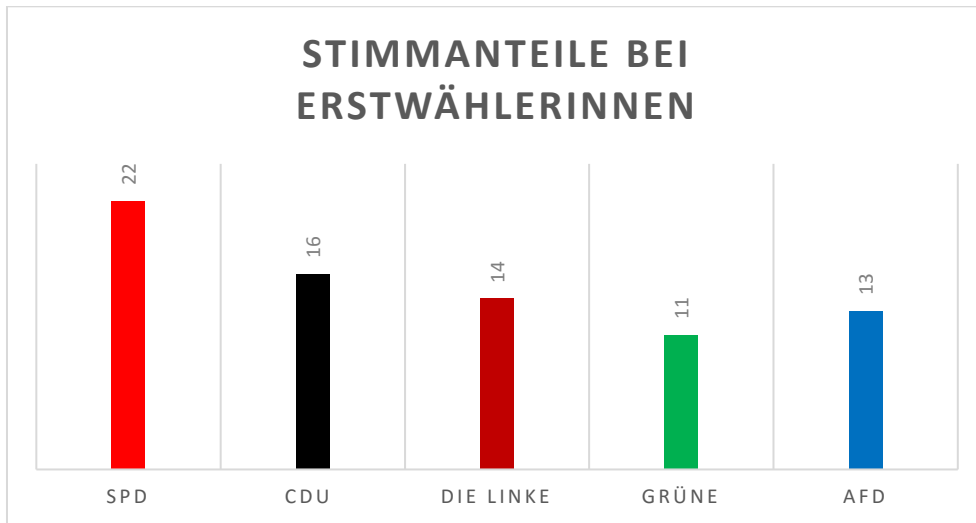
Wähleranteile nach Alter

Bei der Aufteilung der Wählerschaft der LINKEN nach ihrem Alter zeigt sich, dass sie insbesondere bei den über 70jährigen überdurchschnittlich gewonnen hat. Hingegen wählen unterdurchschnittlich wenige der Altersgruppe von 25 bis 59 DIE LINKE. Das leicht überdurchschnittliche Wahlergebnis der LINKEN in der Gruppe der Erst- und JungwählerInnen wiegt den Verlust bei den Älteren und Alten nicht auf. Für die Zukunft der Partei wird es vor allem darauf ankommen, das überdurchschnittlich häufig LINKS wählende ältere Wählersegment zu ersetzen. Dies kann am ehesten in dem jüngeren Alterssegment geschehen, da hier langfristige Parteibindungen noch nicht bestehen. Die Partei muss sich aber auch die Frage stellen, warum sie bei den in der Mitte ihres Erwerbslebens stehenden Menschen vergleichsweise schlecht abschneidet.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

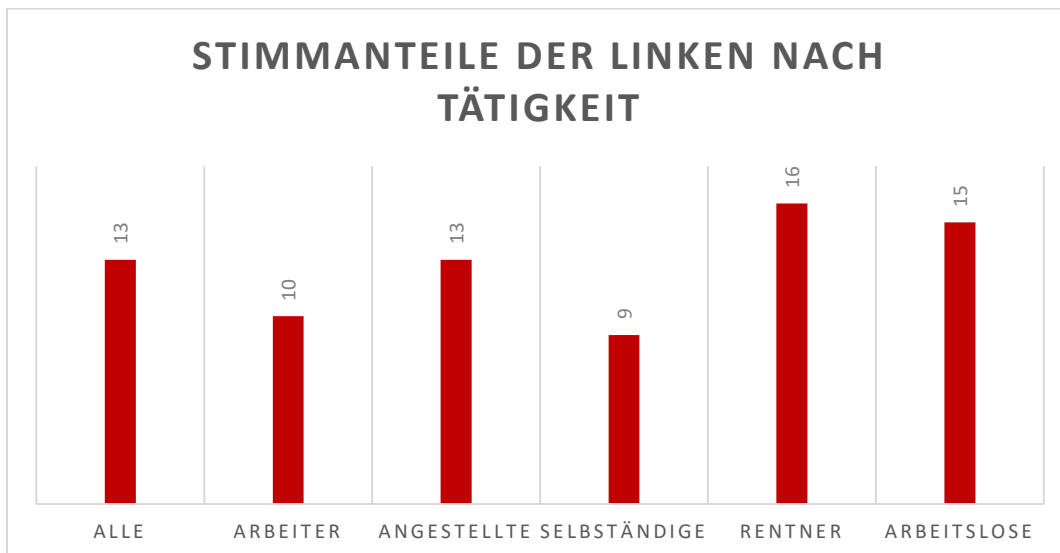
Betrachtet man alle Parteien, zeigt sich, dass ausschließlich DIE LINKE und die Grünen bei den ErstwählerInnen überdurchschnittlich abschneiden konnten. Dies sollte der Ausgangspunkt für Überlegungen des Landesverbandes sein, den Wähleranteil in diesem Segment auszubauen.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 13:30 Uhr; eigene Darstellung

Wähleranteile nach Tätigkeit

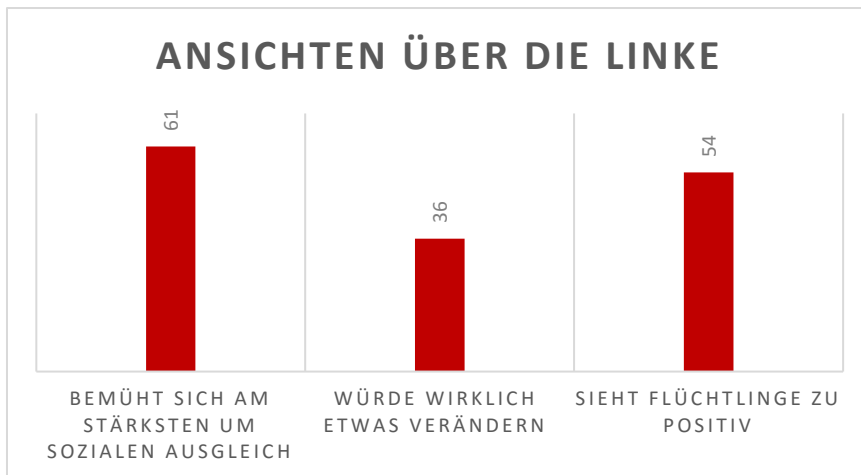
Die Zustimmung der Wählerschaft für DIE LINKE, unterteilt nach Tätigkeit, zeigt sich, dass überdurchschnittlich Rentner und Arbeitslose DIE LINKE wählen. In der Gruppe der Arbeiter und Selbständigen schneidet DIE LINKE unterdurchschnittlich ab.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

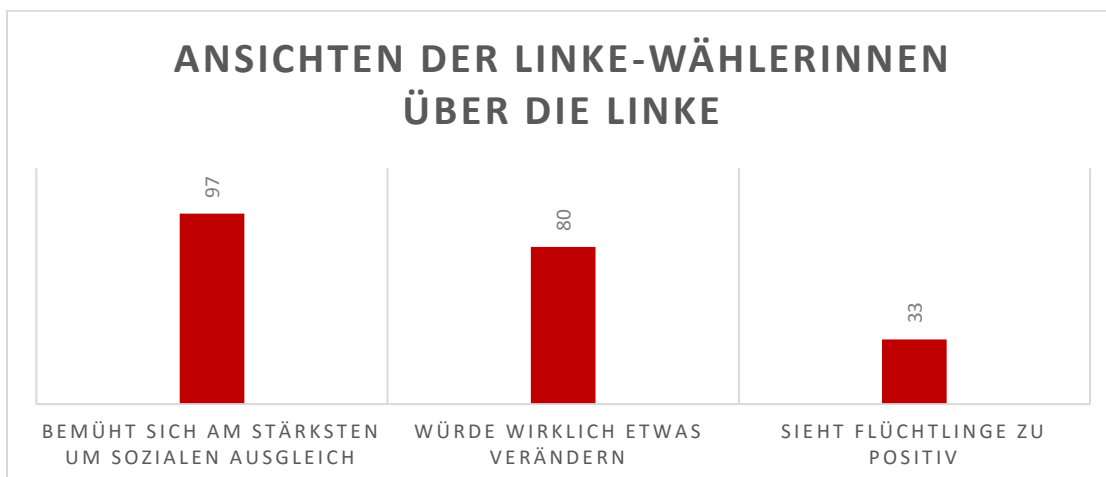
Ansichten zur LINKEN

Fast zwei Drittel aller Befragten gestehen der LINKEN zu, dass sie sich am stärksten um den sozialen Ausgleich bemüht. Jedoch ist nur ein Drittel der Auffassung, dass DIE LINKE auch tatsächlich etwas ändern könnte. Wenn die WählerInnen jedoch nicht überzeugt sind, dass sich bei einer Wahlentscheidung für DIE LINKE tatsächlich etwas verbessert, hat dies negative Auswirkungen auf die Wahlmotivation. Diese Lücke gilt es für künftige Wahlentscheidungen zu verkleinern.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

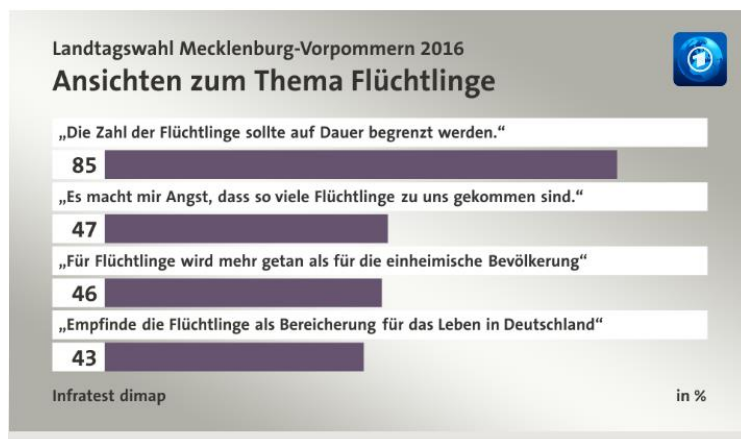
Die WählerInnen der LINKEN sind in großer Mehrheit davon überzeugt, dass ihre Wahl für diese Partei tatsächlich etwas ändern würde. Dies ist ein weiteres Zeichen dafür, dass diese Partei ihren Protestcharakter abgelegt hat. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass immerhin ein Drittel unserer WählerInnen der LINKEN bescheinigt, sie sähen Flüchtlinge zu positiv.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr; eigene Darstellung

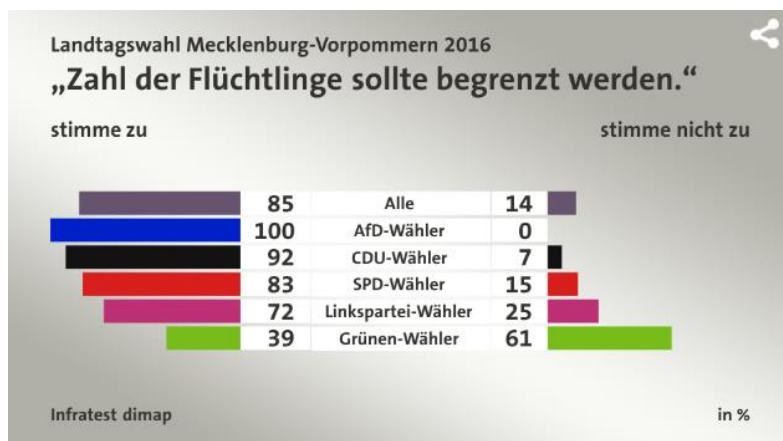
Flüchtlingspolitik

Sowohl in den Vorwahlbefragungen als auch am Wahltag wurde deutlich, dass die Flüchtlingspolitik bei der Wahlentscheidung eine große Rolle spielt. Immerhin 36 Prozent der WählerInnen sagen, dass die Bundespolitik den Ausschlag für ihre Wahlentscheidung gegeben hat. Für lediglich 46 Prozent waren landespolitische Themen entscheidend.



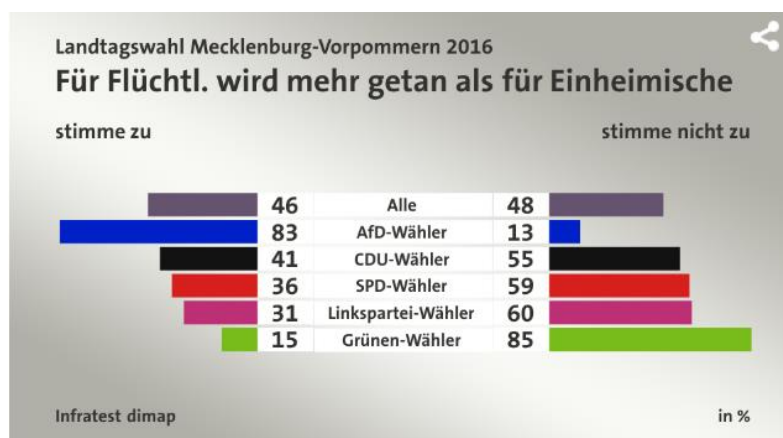
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr

Es gibt hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung bei der Frage, ob die Zahl der Zuwanderer begrenzt werden sollte. Dies sieht die Wählerschaft der LINKEN ebenso.



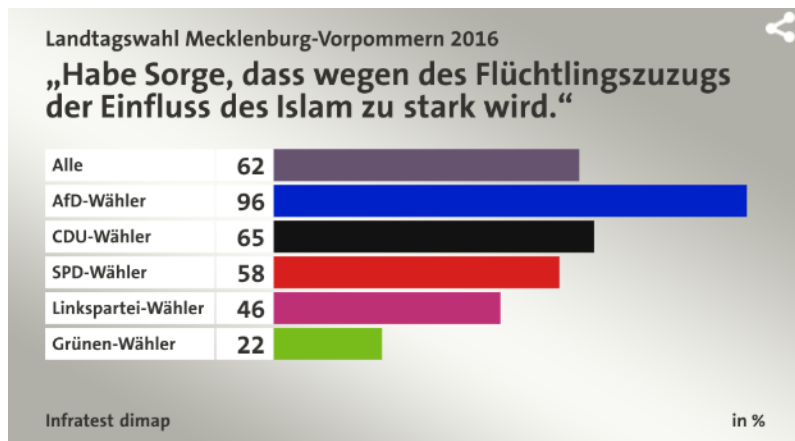
Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr

Andere Fragen bzw. Vorurteile gegenüber Zuwanderern betrachten die WählerInnen der LINKEN hingegen deutlich differenzierter. Hier ist es nur eine Minderheit, die glaubt, dass für Flüchtlinge mehr getan wird.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr

Auch haben sie weniger Berührungsängste gegenüber dem Islam, wenngleich der Anteil immer noch relativ hoch ist.



Quelle: wahl.tagesschau.de 05.09.2016, 12:30 Uhr

Fazit

DIE LINKE war in diesem Wahlkampf mit schwierigen Ausgangsbedingungen konfrontiert. Einerseits zeigt die hohe Zufriedenheit mit den persönlichen wirtschaftlichen Lebensumständen, dass die eigene Situation oftmals positiv eingeschätzt wird. CDU und SPD haben diese Stimmung verstärkt, indem sie die Probleme und Herausforderungen des Landes nicht thematisierten. Ein Teil der Bevölkerung scheint Hoffnung zu schöpfen, dass die krassen Auswirkungen des Kürzens und des Strukturabbaus vorbei sind und sich das Land nunmehr in einer Konsolidierungsphase befindet. Dies ist mithin kein Treibsatz für einen politischen Wechsel, was sich auch in den Befragungen niederschlug. Auf der anderen Seite zeigt der hohe Grad an Beunruhigung von immerhin knapp 40 Prozent, dass ein relevanter Teil der Bürgerinnen und Bürger ungewisse Zukunftsängste hat. DIE LINKE fand sich zwischen diesen Polen wieder, war gewissermaßen in einer Sandwich-Position. In dieser konnte sie als Nicht-Regierungspartei ihren Stimmanteil weder in die eine Richtung ausbauen und von der gestiegenen persönlichen Zufriedenheit profitieren, noch war sie als Teil des etablierten Parteiensystems in der Lage, die Stimmen derer auf sich zu vereinen, die sich von den Veränderungen im Zuge der gefühlten gestiegenen Bedrohungslage beeinflusst sahen.

Die Wahl der AfD ist für viele kein Ergebnis eines sorgfältigen Abwägungsprozesses. Im Gegenteil, vielmehr ist es ein politischer Amoklauf, der nur darauf abzielt, die maximal mögliche Aufmerksamkeit zu erhalten. Die Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensumständen soll adressiert werden. Damit die Öffentlichkeit darüber redet, muss man, einem Amoklauf gleich, schockieren und tut dies mit der Wahl der AfD.

DIE LINKE war mit einem landespolitischen Profil in den Wahlkampf eingetreten. Das Ziel war es, die Probleme des Landes klar zu adressieren und konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Beispielhaft hat sie die fehlende Chancengleichheit zwischen den Regionen problematisiert und mit einem 50 Millionen Euro Regionalfonds adressiert. Generationenübergreifend wurden Verbesserungen der Pflegesituation sowie der frühkindlichen Bildung angemahnt, auch hier mit der konkreten Untermauerung nach 2.500 zusätzlichen Pflegestellen sowie einer kostenfreien Kita. Das Kampagnenmotto „Aus Liebe zu M-V“ baut auf die immer wieder gemessene hohe Verbundenheit der Mecklenburger und Vorpommern mit ihrem Land auf. Aus Liebe zu M-V sollten jetzt die richtigen Weichenstellungen erfolgen, damit das Land künftig (noch) lebenswerter wird.

Tatsächlich spielten bei der Wahlentscheidung in nicht unerheblichem Maße bundespolitische Fragen eine Rolle. Im weiteren Zeitverlauf zeigte sich, dass auch nach der Sommerpause, trotz deutlich gesunkener Zuwanderungszahlen, das Thema „Flüchtlinge/Integration“ bei der Wahlentscheidung

die größte Rolle spielte. Die Gesellschaft ist in dieser Frage immer noch sehr polarisiert und DIE LINKE hat im Wahlkampfschlussput mit einem verstärkten Bekenntnis zu Liebe und Menschlichkeit deutlich gemacht, wo sie sich in diesem Spannungsverhältnis positioniert. CDU und SPD wählten eine andere Herangehensweise, indem sie mit Kritik an der Kanzlerin und der Forderung nach einem Schließen der EU-Grenzen (Selling) und einer Scheindebatte zum Burka-Verbot (Caffier) rechtspopulistische Stimmungen bedienten. Diese Taktik hat sich für die CDU nicht ausgezahlt. Die SPD profitierte hingegen vom Ministerpräsidenten-Bonus. Führungsfiguren sind in Zeiten der (gefühlten und diffusen) Krise immer Magnet für WählerInnenstimmen. Damit bestätigt sich das Ergebnis der letzten Landtagswahlen auch in M-V. Unabhängig von diesem „rally around the flag“ – Phänomen, wies Selling hohe Zustimmungswerte auf. Diese Wahl war deswegen auch eine Personenwahl, die der SPD mit der Beliebtheit ihres Ministerpräsidenten eine vergleichsweise hohe Zustimmung einbrachte. Auch für Teile der WählerInnenschaft der LINKEN gilt, es gibt Vorbehalte im Zuge der Flüchtlingspolitik. Vor allen Dingen wird eine unbegrenzte Zuwanderung abgelehnt. Dies findet nicht zuletzt in der Stimmenwanderung zugunsten der AfD seinen Ausdruck.

M-V hat mit dieser Wahl nachgeholt, was in anderen Bundesländern bereits stattfand, eine tiefgreifende Umwälzung des politischen Systems. Mit der AfD hat sich eine Partei rechts neben der CDU etabliert. Das dafür notwendige WählerInnenpotential war auch in den vergangenen Jahren vorhanden und wird auch in absehbarer Zukunft vorhanden sein. Hingegen ist davon auszugehen, dass der Protestwähler als scheues Reh sich in Zukunft auch von der AfD abwenden wird. Die große Erwartungshaltung, dass sich die Lebensumstände schlagartig und umfassend verbessern, kann keine Partei einlösen.

Neben eigenen Versäumnissen, die es aufzuarbeiten gilt, ist die Niederlage der LINKEN auch in der Tatsache zu suchen, dass in M-V seit zehn Jahren eine Große Koalition Regierungspolitik verantwortet. Nicht nur der kleinere Koalitionspartner, die CDU, sondern auch die Opposition wird zwischen den oben beschriebenen Polen erdrückt. Politische Alternativen werden nur in geringem Maße diskutiert und in keinsten Weise umgesetzt. In diesen Sog gerät auch DIE LINKE, die weder über die Ressourcen noch über die öffentliche Aufmerksamkeit verfügt, um dies zu kompensieren. Zwei politische Lager, die sich parlamentarisch gegenüber stehen, streiten und machen jeweilige Richtungsvorschläge. Solch eine Konstellation ist der Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Eine erdrückende Große Koalition verlagert den inhaltlichen Streit von den Plenarbänken an die Stammtische.

Unabhängig von der Frage, ob sich unsere Partei an einer Regierung beteiligen sollte, steht DIE LINKE vor wichtigen Zukunftsaufgaben, will sie weiter bei Wahlen bestehen. So ist ein Erneuerungsprozess einzuleiten, der eine Antwort auf die Frage gibt, wer unsere WählerInnen der Zukunft sind. Aus natürlichen Gründen werden die älteren WählerInnen weniger, die überdurchschnittlich DIE LINKE gewählt haben. Hier ist bei den Jung- und ErstwählerInnen anzuknüpfen, die zumindest im Vergleich zum mittleren Alter wieder verstärkt zur LINKEN finden. Zweitens überzeugt DIE LINKE offenkundig die Bevölkerung nicht damit, dass wir tatsächlich etwas ändern wollen und können. Lediglich ein Drittel traut uns dieses zu. Hier sollte die Ansprache verstärkt und bei politischen Initiativen entsprechend berücksichtigt werden.